

**Für eine grundsätzliche Reorientierung der Landwirtschaftspolitik - im Interesse der Natur, Umwelt, Gesundheit, des Klimaschutzes ... und des Landwirtes!**



Mehr und mehr rückt die Ausrichtung der heutigen Agrarpolitik in den Fokus gesellschaftlicher Debatten. Fakt ist, die derzeitige Landwirtschaftspolitik widerspricht einer tiergerechten, standortangepassten und ökologischen Produktion und ist mit erheblichen negativen Auswirkungen auf die Natur, Umwelt, das Klima und die Gesundheit verbunden.

Zudem drängt sie den Landwirt immer mehr in eine Abhängigkeit von Weltmarktpreisen und wirkt somit einer mittelständischen, bäuerlichen, standortangepassten Landwirtschaft entgegen.

Dabei sind die Probleme nicht nur „bei uns“ erheblich, sondern unsere landwirtschaftliche Praxis führt zu gravierenden Problemen in vielen Entwicklungsländern, subventionierte Exporte und GMO Futtermittelimporte seien in diesem Zusammenhang erwähnt.

Diese auf den Weltmarkt, export- und wachstumoriente Landwirtschaft nutzt de facto lediglich dem Handel und der Lebensmittelindustrie, auf Kosten unserer natürlichen Lebensgrundlagen, der Interessen der Allgemeinheit sowie der Landwirte. Auch der Rückgang der landwirtschaftlichen Betriebe ist sonder Zweifel ebenfalls durch diese Entwicklung bedingt.

Auf EU-Ebene, aber auch in Luxemburg selbst, muss endlich eine fundamentale Agrarwende herbeigeführt werden, im Respekt unserer natürlichen Lebensgrundlagen, des Tierschutzes sowie um eine neue Perspektive für die Landwirtschaft zu schaffen! Hie und da an einer „Beihilfe“ zu schrauben oder eine einzelne Bestimmung abzuändern reicht bei weitem nicht mehr aus, gefordert ist eine grundsätzliche Reorientierung der landwirtschaftlichen Praxis.

Im Fokus unserer landwirtschaftlichen Praxis muss eine biologisch zertifizierte, regionale Lebensmittelproduktion und Wertschöpfung stehen, statt einer auf den Weltmarkt orientierten Produktionssteigerung.

## 1 Landwirtschaft in ein neues Gesellschaftsmodell integrieren

Landwirtschaftliche Praktiken müssen ganzheitlich und nicht isoliert betrachtet werden.

Die heutige Landwirtschaftspolitik unterliegt, wie bereits angeführt, wie andere Wirtschaftsbereiche der Logik der Produktivitätssteigerung, der Globalisierung u.a.m. Der Mouvement Ecologique stellt dieses Wirtschaftsmodell grundsätzlich in Frage, aber umso mehr natürlich vor allem auch auf der Ebene der Landwirtschaftspolitik.

Es ist ein absoluter Widersinn, dass sich gerade die eigentlich an einen Standort gebundene Lebensmittelproduktion auf dem Weltmarkt behaupten soll. Oder dass gerade der Wirtschaftszweig, der am stärksten an den natürlichen Haushalt, das Ökosystem, die Landschaft gebunden ist... Raubbau an diesen Ressourcen ausübt.

**Insofern erwartet der Mouvement Ecologique von der neuen Regierung ein klares Bekenntnis zu einer Umkehr der Landwirtschaftspolitik: Statt Weltmarktorientierung verstärkt Regionalisierung!**

Punktuell orientierte und rein technisch ausgerichtete Lösungsansätze packen dabei die Wurzeln der Problematiken nicht an, sondern sind reine Symptombekämpfung. Sicherlich haben sie einen gewissen Nutzen und können den Weg zu einer nachhaltigen Landwirtschaft ebnen, sie stellen jedoch keine zufriedenstellende Perspektive für eine nachhaltige Landwirtschaft dar. Folgende Leitlinien einer zukunftsfähigen Landwirtschaft seien an dieser Stelle spezifisch, stellvertretend für andere, hervorgehoben (weitere Anregungen finden sich in den folgenden Thesen dieses Kapitels):

- **Neue Indikatoren zur Bewertung landwirtschaftlicher Betriebe entwickeln**, welche das Gemeinwohl der regionalen Bevölkerung und des Landwirtes miteinbeziehen (SMART-tool, Gemeinwohlbilanz);
- **Gesellschaftsmodelle bzw. alternative Vermarktungskonzepte fördern**, welche den Beruf des Landwirtes attraktiv machen. Offene Diskussionen über Grundeinkommen oder andere fundamentale Neuerungen führen, welche den Landwirten vom Druck des Weltmarktes entziehen;
- **Partizipative Formen der Landwirtschaft und landwirtschaftlichen Forschung fördern**;
- **Kleinstrukturierte agrarökologische Landwirtschaft in einer menschlichen Größenordnung als zukunftsfähig anerkennen** (leichtere Anpassungsfähigkeit an Klimawandel, weniger Managementbedarf als große Betriebe, Beschäftigung mit ökologischen und biologischen Zusammenhängen des Landwirtes möglich machend und fördernd);
- **Konsum und Landwirtschaft im Sinne eines ressourcenschonenden Lebensstils fördern**, kontinuierliche (Weiter-)Bildung und innovative Formen von Landwirtschaft;
- **Soziale, informationsbasierte und bewusstseinsbildende politische Instrumente einsetzen**, um Menschen wieder in die Lebensmittelproduktion einzubinden (Stichwort: Ernährungssouveränität). Dazu gehört die Integration von landwirtschaftlichen bzw. agrarökologischen Zusammenhängen auf allen Bildungsebenen. D.h. Vertrauen der Bevölkerung zu ihrer Lebensmittelproduktion schaffen und Interesse an ihr wecken.

**Außerdem gilt es die Bewusstseinsbildung für die Landwirtschaft und landwirtschaftliche Zusammenhänge zu schärfen durch**

- die Integration agrarökologischer Zusammenhänge in den Lehrplan der Grund- und Sekundarschule;
- den Einbezug landwirtschaftlicher Betriebe in das freiwillige ökologische Jahr;

- das Erstellen einer Studie die Wege aufzeigt, wie das Vertrauen / Verständnis der Bevölkerung gegenüber der Landwirtschaft geschärft werden kann;
- eine öffentliche Bewusstseinsbildung / Sensibilisierungs- und Werbekampagne zur Förderung der lokalen und ökologischen Produktion und Ernährung. „Was macht Qualität aus?“.

## 2 Die zukünftige Orientierung der Landwirtschaftspolitik: Auch, aber nicht nur eine Verantwortung des Landwirtschaftsministers - Verbraucherschutz- und Landwirtschaftsministerium im Sinne eines Interessenausgleichs entkoppeln

Die Orientierung der Landwirtschaftspolitik hat erhebliche Auswirkungen auf die natürliche Umwelt, den Gewässer- und Klimaschutz sowie die Gesundheit, das Tierwohl und die Qualität der Lebensmittel. Diese Bedeutung der Landwirtschaft für den Erhalt unserer natürlichen Lebensgrundlagen sowie die menschliche Gesundheit (Stichwort u.a. Pestizide) wird mehr und mehr zu einem gesellschaftlichen Thema. Trotzdem wird die Landwirtschaftspolitik weitgehend ausschließlich von einem einzelnen Ressortministerium - dem Landwirtschaftsministerium - entwickelt und entschieden, ohne formalisierte Mitwirkungsmöglichkeiten erheblich betroffener Ministerien, vor allem dem Nachhaltigkeits- sowie dem Gesundheitsministerium.

Die Parteien sollten sich verpflichten, die **Mitwirkungs- und Entscheidungsrechte der Ministerien für nachhaltige Entwicklung und Gesundheit bei relevanten Entscheidungen betreffend die landwirtschaftliche Praxis systematisch auszuweiten und evtl. Strittigkeiten transparent nach außen darzustellen.**

Zudem ist das Verbraucherschutzministerium derzeit in das Landwirtschaftsministerium integriert. Der Mouvement Ecologique erachtet dies in keiner Form als zielführend, denn de facto kann es durchaus kurzfristige Interessenkonflikte zwischen beiden geben. Um eine reelle konstruktive Debatte sowie ein Ausräumen der verschiedenen Interessen zu gewährleisten ist es unabdingbar, dass ein Ausgleich der Kräfte und ein demokratischer Prozess möglich ist. Dies ist nur dann gegeben, wenn die Zuständigkeiten für Verbraucherschutz und Landwirtschaft nicht in einem Ministerium gebündelt sind.

Der Mouvement Ecologique tritt u.a. deshalb dafür ein, das **Verbraucherschutzministerium ins Gesundheitsministerium zu übertragen**. Dafür sprechen aber auch weitere Aspekte des Verbraucherschutzes, über landwirtschaftliche Themen hinaus (z.B. auch betreffend Nanopartikel usw.). Gesundheit und Verbraucherschutz gehören schlichtweg aus zahlreichen Gründen zusammengelegt.

## 3 Luxemburg muss zu einem ferventen Fürsprecher einer fundamentalen Agrar-Wende auf EU-Ebene werden

Fast 60 Milliarden werden an jährlichen EU-Agrarsubventionen verteilt. Es ist beschämend, wie kontraproduktiv diese Mittel derzeit eingesetzt werden und wie sehr diese Steuergelder zur Zerstörung unserer Lebensgrundlagen beitragen, die Überproduktion fördern, auf Kosten der sogenannten Entwicklungsländer gehen. An dieser Tatsache hat auch das sogenannte Greening von 2013 nichts verändert, d.h. die Tatsache, dass 30 % der Direktzahlungen an einen Betriebes an direkte Umweltauflagen gekoppelt sind. Diese Maßnahme zeigte sich aus Sicht der nachhaltigen Entwicklung weitgehend wirkungslos.

*„Solange im Rahmen der vorgeblichen „Umwelt“-Auflagen Pestizide und synthetische Dünger auf den Vorrangflächen erlaubt bleiben*

*und rundherum Monokulturen und Humusabbau der Artenvielfalt und dem Klimaschutz zusätzlich den Garaus machen dürfen, schaden die Zahlungen allesamt unseren natürlichen Ressourcen“.* („germanwatch“)

Luxemburg sollte auf EU-Ebene als ein sehr konsequenter Verfechter einer grundsätzlichen Reform und Reorientierung der Landwirtschaftspolitik auftreten! U.a. gilt es weg vom Säulenmodell zu kommen - hin zu einer Leistungsorientierung, Geld sollte nur für konkrete Leistungen ausgezahlt werden (z.B. den Biodiversitätsschutz). Die pauschale Flächenprämie (42 Milliarden Euro pro Jahr in der EU) gilt es entsprechend abzuschaffen. Sollte dies nicht oder nur begrenzt gelingen, sollte die Flächenprämie zumindest je nach Größe degressiv gestaffelt werden.

**Fördergrundsatz der GAP-Reform muss die Honorierung von Nachhaltigkeitsleistungen werden: Öffentliches Geld nur für öffentliche Leistungen, statt für Direktprämien!**

Zudem gilt es die regionale Wertschöpfung in den Fokus zu rücken - ein Stopp der Subventionen an Konzerne auszusprechen und eine generelle Obergrenze je Empfänger festzulegen.

#### 4 Leitbilder für die Landwirtschaft von morgen: Weidewirtschaft, Verwertung von Lebensmitteln, Erhöhung der regionalen Wertstoffkette, Politik der kurzen Wege auch bei der Schlachtung und der Weiterverarbeitung!

Eine nachhaltige Landwirtschaft müsste auf verschiedenen Leitbildern mit entsprechenden Instrumenten basieren:

- Bei der **Haltung von Wiederkäuern** müsste es eine Bindung der zulässigen Anzahl der Tiere an die verfügbare Weidefläche der Futtermittelversorgung und der Entsorgung des Mistes bzw. der Gülle geben (z.B. auf 2 Grossvieheinheiten pro Hektar). D.h. nur so viele Tiere sollten gehalten werden, als ohne Futtermittelimporte versorgt werden können! Parallel sollte ein obligatorischer Weidegang vorgeschrieben werden (cf. Forderung Tierschutz).
- **Schweine und Geflügel** ihrerseits sollten lediglich durch Lebensmittelabfälle versorgt werden. Insofern diesem Ziel derzeitige gesetzliche Bestimmungen zuwiderlaufen, sollten sie behoben werden. Es gilt die entsprechenden Strukturen aufzubauen, damit sowohl die Abnahme der Lebensmittelabfälle bei Schulen, Krankenhäusern, Altenheimen erfolgt; die ggf. erforderliche Hygienisierung/Sterilisation durchgeführt werden kann und sie weiter verfüttert werden können.
- Weiteres Leitbild soll das bereits mehrfach erwähnte Prinzip „**Geld gegen Leistung**“ sein, also Geld gegen reelle Leistungen z.B. im Sinne des Biodiversitätsschutzes. Insofern sollten z.B. Mindest-Naturkriterien betreffend die Landschaftspflegeprämie eingeführt werden: Derzeit bringt die Landschaftspflegeprämie dem Natur- und Landschaftsschutz, im Besonderen was die Strukturelemente in der Kulturlandschaft anbelangt, fast nichts. Soll diese Prämie ihre Legitimation behalten, dann drängen sich einige qualitative Verbesserungen auf, die nicht nur zu einem besseren Schutz der Biodiversität führen, sondern auch die bisherigen Leistungen umweltbewusster Landwirte honorieren. Es ist erforderlich, die Landschaftspflegeprämie umgehend an Mindest-Naturschutzkriterien, z.B. 5 % naturnahe Flächen pro Betrieb, zu binden;
- Geboten ist zudem ein weiteres **Nein zu einem weiteren Dauergrünlandumbruch**: Grünland ist von eminenter Bedeutung sowohl für den Schutz des Bodens vor Erosion, den Humuserhalt, die Artenvielfalt u.a.m. Deshalb ist der Dauergrünlandumbruch aus Naturschutzsicht nicht vertretbar und er sollte aufs Strengste verhindert werden.

- **Schlachtungsthematik und Veredelung** angehen: Gerade längere Schlachtwege widersprechen dem Tierschutzgedanken und stehen ebenfalls im Widerspruch zur Stärkung regionaler Strukturen. Deshalb sollten unter der neuen Regierung gezielt neue Akzente gesetzt werden:
  - \* Gezielte Promotion des „Weideschusses“, d.h. der stressfreien Tötung des Tieres auf der Weide und einer anschließenden Verarbeitung in geeigneten regionalen Strukturen;
  - \* Förderung dezentraler mobiler Schlachthanlagen;
  - \* Zulassung einer Hausschlachtung, verbunden mit der Möglichkeit eines Verkaufes „ab Hof“ - ggf. Anpassung bestehender Vorschriften aufgrund dieses Zieles.
- **Bereitschaft zur Nutzung von Produktionsnischen fördern**: Der Selbstversorgungsgrad bei einer Reihe von landwirtschaftlichen Produktionsrichtungen, wie z.B. bei Obst, Eiern und Geflügelfleisch, bei Schweinefleisch und besonders bei Gemüse ist sehr gering. Interessierten Landwirten sollte bei Bedarf eine adäquate Beratung angeboten werden, zudem muss unmittelbar eine Studie zu potentiellen Produktionsnischen sowie zu schaffenden Verarbeitungs- und Vermarktungsstrukturen in Angriff genommen werden.

#### 5 Den Tierschutz vorantreiben !

Die heutige Praxis besteht nach wie vor darin, Tiere auf Hochleistung zu trimmen, die Tierhaltung ist leider tendenziell auch in Luxemburg als nicht artgerecht anzusehen. Diese Form der Tierhaltung verliert vermehrt an gesellschaftlicher Akzeptanz. Eine gewisse Massentierhaltung widerspricht zudem klima-, gesundheits- und umweltpolitischen Zielen und muss schrittweise durch eine tierechte, standortangepasste und ökologische Produktion ersetzt werden.

Das neue Tierschutzgesetz gibt einen neuen Rahmen für die Nutztierhaltung. Dabei wurde sich vor allem auf EU-Standards geeinigt. Der eigentliche Durchbruch im Bereich der Nutztierhaltung kann und muss nun über die Ausführungsbestimmungen, die großherzoglichen Reglemente, erfolgen. In diesen sollen die genaueren Haltungsbedingungen der verschiedenen Nutztiere definiert werden. Der Mouvement Ecologique erwartet - auch angesichts der gesellschaftlichen Trendwende im Sinne eines verstärkten Tierschutzes:

- **Ausführungsbestimmungen, die über EU-Standards hinaus im Sinne des Wohlergehens der Tiere sind**: z.B. vorgeschriebener Weidegang im Sommer von min. 25 Tage/Monat; Begrenzung der Herdengröße, um Weidegang überhaupt zu ermöglichen; eine Schmerzausschaltung statt Sedierung u.a.m.  
Die Haltungsbedingungen sind grundsätzlich auf das Tierwohl auszurichten;
- Die **Gewährleistung höherer Subventionen im Falle von ggf. erforderlichen Umbauarbeiten von Ställen**;
- Eine **Verschärfung der Transportbedingungen**, wie die Schweiz sollte Luxemburg die Durchfahrt von Transporten von über 3 Stunden verbieten (in Ausnahmefällen maximal 6 Stunden). Es gibt keine zufriedenstellende Erklärung, warum lebenden Tieren lange Transportwege zugemutet werden sollen.

## 6 Im Rahmen einer nachhaltigen Steuerreform auch im landwirtschaftlichen Bereich die richtigen finanziellen Anreize setzen!

Grundsätzlich setzt sich der Mouvement Ecologique für eine nachhaltige Steuerreform in den verschiedensten Bereichen ein, Energiepolitik u.a.m. Diese Forderung trifft natürlich im Besonderen auch auf den landwirtschaftlichen Sektor zu.

In Schweden, Finland, Dänemark und Österreich gibt es z.B. bereits eine **Stickstoffsteuer**, wobei die Einnahmen zum Teil (zumindest „rechnerisch“) zur Subventionierung von Alternativen genutzt werden. Andere Länder, wie z.B. Frankreich, haben eine **Pestizidsteuer** eingeführt. Evaluationen dieser Steuern kamen jeweils zum Resultat, dass sie äußerst wirkungsvoll sind.

In den Niederlanden seinerseits läuft derzeit eine Initiative, um die **Besteuerung von biologisch hergestellten Lebensmitteln herabzusetzen**.

Eine absolute Priorität der nächsten Regierung sollte es sein, im Rahmen einer nachhaltigen Steuerreform auch die **richtigen finanziellen Anreize für eine nachhaltige Reform der Landwirtschaftspolitik** zu setzen. Dabei sollten vor allem die bereits genannte Stickstoffsteuer sowie die Pestizidsteuer im Fokus stehen. Ebenso sollte darüber nachgedacht werden, den Steuersatz von Biolebensmitteln noch stärker zu reduzieren sowie die Besteuerungsmöglichkeiten von importierten Futtermitteln, wie Soja, auszuloten.

## 7 Höfesterben entgegenwirken: Neue Ideen fördern und Quereinstieg in die Landwirtschaft vereinfachen!

Die „Befreiung“ der Landwirtschaft vom Druck des Weltmarktes, die Erhöhung auch der Anerkennung des Berufes des Landwirts durch eine stärkere Verbindung zwischen Konsument und Produzent u.a. genannte Maßnahmen können einen gewissen Beitrag zum Erhalt einer kleinbäuerlichen Landwirtschaft leisten.

Zudem muss, zum Erhalt der bäuerlichen Betriebe, auch Quereinsteigern der Zugang erleichtert werden. Denn: Nicht auf einem landwirtschaftlichen Betrieb geboren zu sein, macht es praktisch unmöglich einen landwirtschaftlichen Betrieb anzufangen oder in die Landwirtschaft einzusteigen. Dabei stellen Quereinsteiger eine erhebliche Chance für die Landwirtschaft dar. Nicht umsonst gestalten Länder wie Frankreich spezifische Programme für diese.

Die Förderung von Quereinsteigern drängt sich nicht nur auf, weil nur wenige landwirtschaftliche Betriebe einen direkten Hofnachfolger haben. Diese würden zudem neue Perspektiven und Ideen in die Landwirtschaft einbringen. Konsequenz des aktuellen Höfesterbens (es sind laut SER-Statistik in Luxemburg immerhin ca. 25 pro Jahr): immer weniger und immer größere Betriebe - immer weniger Bauern im öffentlichen (Dorf)-Leben und immer höhere Anforderungen an den Beruf (v.a. höheres Management). Kleinen Betrieben müssen deshalb neue Perspektiven geboten werden. Die Zeiten von „wachsen und weichen“ müssen vorbei sein.

Neue Ideen in Vermakung (z.B. Onlineplattformen), Agrotourismus, solidarische Landwirtschaft, gilt es seitens der Regierung deshalb konsequent zu unterstützen. Dies u.a. durch folgende Instrumente:

- **Überdenken des Prinzips der ökonomischen Lebensfähigkeit von Betrieben**, die aufgrund des derzeit geltenden Berechnungsmechanismus die Förderung von „kleineren“ Strukturen nicht zulässt. Die Gründung von Kleinstbetrieben mit geringem Kapitalaufwand fördern, da diese ökonomisch überlebensfähig sind. Vielfältige direktvermarktende Betriebe im Ausland (Bsp. Microfermes Frankreich) machen es vor;

- **Gezielter Kauf von landwirtschaftlichen Flächen** (auch mittels Vorkaufsrecht) durch die öffentliche Hand, wie dies z.B. in Frankreich der Fall ist. Dies mit dem Ziel, Neugründern oder neuen Initiativen Land zur Verfügung zu stellen (der Zugang zum Land ist für „Quereinsteiger eines der größten Probleme);
- **Schaffung eines Innovationsfonds** zur Förderung besonders innovativer neuer Betriebe im Sinne der Ressourcenschonung;
- **Verbesserung des Zugangs zu öffentlichen landwirtschaftlichen Flächen** für kleinbäuerliche ökologische Pilot-Projekte (mit Pachtmöglichkeit auf 99 Jahre?);
- **Direktzahlungen pro Arbeitskraft** für Kleinstbetriebe in der Startphase (erste 3 Jahre);
- Zur **Verfügungstellung ungenutzter staatlicher Räumlichkeiten an junge Betriebe**;
- **Biozertifizierung durch PGS** (oder: "système de garantie participatif") ermöglichen (Partizipative Kontrollen im Biobereich -> Bürokratieabbau fördern, Bürokratie in Kleinstbetrieben allgemein abbauen);
- Anfertigung einer **Studie**: Wer sucht **Ausbildungsplätze**, was sind die Hemmnisse, was würde gebraucht? Potential, Angebot und Nachfrage der Ausbildung (ebenfalls für Grenzgänger, hier sind zu wenige Ausbildungsplätze vorhanden);
- **Überarbeitung der landwirtschaftlichen/gemüsegärtnerischen Ausbildung**: verkürzen (berufsbegleitend, mehrspachig - Grenzgänger einbindend, Anerkennung bereits abgeschlossener schulischer Leistungen, Freiraum zur Gestaltung eines eigenen Projektes und Begleitung nach der Ausbildung);
- **Gezielte Förderung des informellen Bildungsangebotes** (von Vereinen/NGOs), um somit das Interesse der jungen Bevölkerung an der Landwirtschaft aufzufangen und zu unterstützen;
- Angebot von Helfern für Biobetriebe im Rahmen des „**freiwilligen ökologischen Jahres**“.

## 8 Biologische Landwirtschaft als Leitziel der Luxemburger Landwirtschaftspolitik verankern sowie Aktionsplan „Biologische Landwirtschaft“ erweitern und konsequent umsetzen

Der Biolandbau ist jene Form der landwirtschaftlichen Praxis, welche erwiesenermaßen aus Nachhaltigkeitssicht am empfehlenswertesten ist und auch aus der Sicht der Landwirtschaft die besten Perspektiven bietet. **Der Mouvement Ecologique fordert von der künftigen Regierung sowie seitens des Landwirtschaftsministeriums ein noch deutlicheres Bekenntnis zum Biolandbau als zukunftsträchtigste Landwirtschaftsform.**

Entsprechend gilt es die biologische Landwirtschaft weitaus konsequenter als derzeit voranzutreiben.

- Ein Anreiz für den Biolandbau sowie eine Umstellung von Betrieben setzt voraus, dass die **Prämien für biologische Landwirtschaft** deutlich höher liegen als jene, die maximal (d.h. kumuliert) an konventionelle Betriebe ausbezahlt werden. Eine finanzielle Differenz zwischen diesen Landwirtschaftsformen muss gewährleistet sein! Steigen die Prämien sowohl für den Biolandbau, als auch für die konventionelle Landwirtschaft, so neutralisieren diese höheren staatlichen Zahlungen an konventionelle Betriebe weitestgehend jene Zahlungen für den Biolandbau. Derart wird der Anreiz zur Umstellung auf Bio durch öffentliche Zahlungen entsprechend kaum erhöht. Um mehr Betriebe zur Umstellung zu bewegen, müssen die Flächenprämien für biologische Landwirtschaft dem Beitrag dieser Wirtschaftsform zu den gesellschaftlichen Zielen Rechnung tragen, was derzeit nicht der Fall ist. So werden zudem

auch Gelder eingespart, da die gesellschaftlichen Kosten für Umweltfolgen der Landwirtschaft reduziert werden.

- **Eine langjährige Absicherung des nationalen Aktionsplanes „biologische Landwirtschaft“, mit dem erforderlichen Budget**, muss von der nächsten Regierungskoalition sichergestellt werden. In den vergangenen Jahren wurden die Finanzmittel graduell reduziert, hier drängt sich eine Kurskorrektur auf. Ziel muss sein, bis 2030 min. 20% Biolandbau in Luxemburg zu gewährleisten!
- **Folgende weitere Maßnahmen zur Förderung des Biolandbaus mit weitreichender Wirkung liegen des Weiteren in staatlicher Hand und sind von eminenter Bedeutung:**
  - \* Biobetrieben sollte bei der **Verpachtung von staatlichen Agrarflächen** bei Ausschreibungen der Vorzug gegenüber traditionellen Betrieben zuerkannt werden;
  - \* In allen **öffentlichen Strukturen sollten gezielt regionale Bioprodukte** verwendet werden. Es gilt verbindliche Ziele festzulegen und pro „Bio-Gericht“ die staatlichen Zuschüsse an Strukturen mit einem pauschalen Betrag zu erhöhen (Kantinen, Schulen, Krankenhäuser, Alters- und Pflegeheime...). Entsprechende Lastenhefte müssen entwickelt werden.
- Außerdem drängen sich folgende Initiativen auf:
  - Maßnahmen um die **biologische Landwirtschaft vor allem auch in ökologisch empfindlichen Gebieten** (wie z.B. in Wasserschutz- und Naturschutzgebieten, in Naturparks) zur **bevorzugten Bewirtschaftungsform** zu definieren;
  - stärkere Gewichtung auf den **Biolandbau in der landwirtschaftlichen Ausbildung**;
  - verstärkte Förderung und Ausweitung der spezifischen **Beraterung und Forschung**;
  - **Unterstützung von Vermarktungsinitiativen** und den dazu notwendigen Investitionen sowie
  - offensives **Herangehen seitens des Ministeriums an die Hemmschwellen**, die traditionelle Landwirte davon abhalten, umzustellen (Ertrageinbußen, Arbeits- und Kostenaufwand, Verunkrautung, Stallplanung), z.B. durch aktive Förderung des Austauschs zwischen Biolandwirten und traditionellen Landwirten.

## 9 Förderung der solidarischen Landwirtschaft und anderer lokal gebundener Ernährungssysteme

Das Vorantreiben des Konzepts der solidarischen Landwirtschaft stellt ein wichtiges Teilelement zum Fortbestand einer kleinstrukturierten, bäuerlichen Landwirtschaft dar. Sie bietet u.a. Lösungsmöglichkeiten im Zusammenhang mit der Hofnachfolge; stellt für kleine Höfe eine Chance zur Existenzsicherung dar u.a.m. Hofneugründer können sich auf diese Weise in der Umgebung etablieren, sich einer funktionierenden Solawi anschließen oder einen „Ableger“ bilden. Die Solawi festigt die Beziehung Produzent-Konsument, trägt zur lokalen Identitätsstiftung bei sowie zur Absatzförderung und der Öffentlichkeits- und Bildungsarbeit.

Damit sich das Konzept der solidarischen Landwirtschaft weiter verbreitet, müssen jedoch weitreichende und themenübergreifende Hemmnisse (Fachkräftemangel, mangelndes öffentliches Bewusstsein für lokale Produktion, Zugang zu Land usw.) auf verschiedenen Ebenen vom Staat angegangen werden.

Vor allem gilt es derartige Initiativen auch bewusst finanziell zu fördern bzw. nicht gegenüber anderen Modellen zu benachteiligen.

Artikel 35 - „Kooperationen“ der „ELER-Förderung“ im ländlichen Entwicklungsplan - erlaubt es, Initiativen im Sinne der Solawi bewusst zu unterstützen. Jedoch hat Luxemburg diesen „Arti-

kel“ nicht aktiviert, so dass diese Fördermöglichkeiten nicht für Luxemburg gelten. Durch eine Aktivierung des Artikels im Rahmen des nächsten PDR soll eine direkte Förderung der solidarischen Landwirtschaft und anderer lokal gebundener Ernährungssysteme bewusst ermöglicht werden (z.B. Punkt 16.4.: Förderung einer horizontalen und vertikalen Zusammenarbeit zwischen Akteuren der Versorgungskette zur Schaffung und Entwicklung kurzer Versorgungsketten und lokaler Märkte sowie von Absatzförderungsmaßnahmen in einem lokalen Rahmen - Punkt 16.9: Unterstützung der Diversifizierung von landwirtschaftlichen Tätigkeiten in den Bereichen Gesundheitsversorgung, soziale Integration, gemeinschaftsunterstützte Landwirtschaft sowie Bildung in Bezug auf Umwelt und Ernährung / Förderung der Diversifizierung: investive Maßnahmen zur Umnutzung der Bausubstanz von land- und forstwirtschaftlichen Betrieben).

Gefördert werden können ebenfalls neu gegründete Netzwerkorganisationen in der Landwirtschaft (außerhalb von natürlichen und / oder juristischen Personen, unabhängig von der Rechtsform), deren Ziel die Umsetzung von Vorhaben im Rahmen der Zusammenarbeit nach Artikel 35 der ELER-Verordnung ist.

Beispiel möglicher Förderobjekte sind: Vorarbeiten (Untersuchungen, Erhebungen), Markt- und Standortanalysen, Investitions- und Wirtschaftskonzepte, investive Maßnahmen, Betreuung der Zuwendungsempfänger.

## 10 Verbesserung der Beratung gewährleisten!

Die großen Herausforderungen vor denen ein Landwirt steht und das mannigfaltige Wissen, über das er verfügen muss, erfordern eine breite Beratung. Der Mouvement Ecologique muss jedoch feststellen, dass die bisher im Bereich der Beratung durchgeführten Reformen äußerst problematisch sind. Sie bedingen, dass sich die Beratung - aus Rentabilitätsgründen - vor allem auf die „klassischen, eher gängigen und banalen“ Aspekte, wie die Düngeberatung bezieht, und jene so wichtigen neueren Herausforderungen - wie z.B. Pestizidberatung, Wasserschutzberatung, Hinweise auf neue Formen des Wirtschaftens - untergehen. Auch entstand durch die Reform eine gewisse Monopolstellung auf 2 große Akteure in Luxemburg.

Diese - mehr oder weniger - bewusst herbeigeführte Einengung der Orientierung der Beratung sowie der Akteure, ist den Herausforderungen der Zeit nicht angepasst und erlaubt es vor allem auch nicht, neue Chancen für die Landwirtschaft zu eröffnen.

Insofern erwartet der Mouvement Ecologique von der neuen Regierung eine ehrliche Diskussion darüber, wie die Beratung diversifiziert werden kann, sowohl von der inhaltlichen Orientierung als auch von der Struktur her.

## 11 Alle Akteure an der Ausarbeitung des neuen «plan de développement rural» (PDR) beteiligen - Schaffung eines „runden Tisches“ und Überarbeitung von Förderinstrumenten

Bis 2020 werden über den „plan de développement rural“ (PDR) 700 Millionen Euro Subventionen an die Luxemburger Landwirte ausbezahlt. Dabei sind die Kriterien für die Erteilung der Gelder höchst umstritten! Moniert wird, dass sie zu sehr im Widerspruch zu Zielen des Gewässer- und Naturschutzes ausbezahlt bzw. nicht ausreichend in deren Dienst gesetzt werden.

Die neue Regierung sollte sich verpflichten ministerienübergreifend kurzfristig eine Evaluation der Auswirkungen des auslaufenden PDR zu erstellen, diese transparent zu veröffentlichen und zur Debatte zu stellen sowie die Monitoring-Resultate als Basis für die Fortentwicklung der EU-Fördermittel auf Luxemburger Seite zu nehmen.

Die neue EU-Agrarreform wird dabei, so die klaren derzeitigen politischen Ansagen seitens der EU, den einzelnen Ländern mehr Gestaltungsmöglichkeiten ihrer Landwirtschaftspolitik bieten. Luxemburg sollte diese Gelegenheit im positiven Sinne beim Schopf nehmen!

Dabei sollte die Festlegung von Kriterien der Vergabe der Fördermittel ab 2020 - und darüber hinaus der grundsätzlichen Orientierung der Luxemburger Landwirtschaftspolitik - in einem sehr transparenten Prozess erfolgen und nicht, wie in der Vergangenheit, eher hinter „verschlossenen Türen“ bzw. ausschließlich im Kreise der landwirtschaftlichen Akteure diskutiert werden. Auch wenn letztere sicher die Haupt-Ansprechpartner sind, ist es im Interesse der Landwirtschaft, stärker andere **gesellschaftliche Akteure** in die Diskussion über Schlüsselfragen des neuen Programmes einzubeziehen.

Dabei sollte, wie bereits erwähnt, dem Prinzip „Geld gegen Leistung“ durch Umwidmung der Direktzahlungen für konkrete Umwelt-, Klima- und Naturschutzanliegen und zur Stärkung einer bäuerlichen Landwirtschaft eine Priorität zugestanden werden, ebenso wie der Förderung des Biolandbaus.

Außer im Bereich des Trinkwasserschutzes wurde in den vergangenen Jahren kein eigentlicher Fortschritt auf nationaler Ebene im Zusammenspiel Landwirtschaft und Naturschutz erreicht. Dieses Manko ist sowohl aus der Sicht der Landwirtschaft als auch des Naturschutzes nicht wünschenswert und stellt mittel- bis langfristig beide vor Probleme: Arten- und Biodiversitätsverlust auf der einen, Akzeptanzprobleme für die hohen Subventionen an die Landwirtschaft auf der anderen Seite. Wobei als positive Entwicklung die Initiative des Landwirtschaftsministeriums im März 2018 dargestellt werden muss, in welcher alle Akteure eingeladen waren, im Sinne eines „world café“ über die Perspektiven der Landwirtschaft nachzudenken. Der Mouvement Ecologique spricht sich für die Schaffung eines runden Tisches zum Thema „Natur- / Umweltschutz und Landwirtschaft“ aus: Der runde Tisch soll eine Möglichkeit darstellen, mit allen interessierten Akteuren über die Rolle der hiesigen Landwirtschaft und deren Verknüpfung mit Aspekten wie Natur- und Wasserschutz zu diskutieren. Er dient einerseits der Problemdarstellung seitens aller, einer sachlichen Auseinandersetzung sowie der Definition von Zielen und Instrumenten. Außerdem kann er darüber hinaus ein Instrument zur Aufklärung der Bevölkerung über die aktuelle Problemsituation in der Landwirtschaft sein und somit auch einen wesentlichen Beitrag zur Image-Verbesserung der luxemburgischen Landwirtschaft leisten.

## 12 Agrobiodiversität fördern und erhalten

Samenfeste Sorten sind auf dem Rückzug. Hybridsorten sind weder für den Nachbau geeignet, noch anpassungsfähig und damit für eine nachhaltige Landwirtschaft langfristig ungeeignet. Samenfeste Kultursorten sind nicht nur durch jahrzehntelange Züchtungsarbeit von unschätzbarem kulturellen Wert, sondern liefern einen erheblichen Beitrag zu einer nachhaltigen Landwirtschaft. Sie können sich durch ihre Nachbaufähigkeit über Generationen an hiesige Umweltbedingungen anpassen. Dies bedeutet häufig sowohl eine bessere Ausnutzung von verfügbaren Nährstoffen, als auch eine höhere Robustheit gegen Schädlinge und Krankheiten und damit ggf. weniger Pestizideinsatz.

- Der luxemburger Staat sollte sich auf EU Niveau aktiv für den Erhalt, Austausch und ein mögliches Verkaufsrecht solcher Sorten einsetzen.
- Einige bereits existierende sehr ambitionierte Privatinitiativen in Luxemburg verdienen verstärkten Rückhalt und Förderung vom Staat.
- Der Anbau oft teurer samenfester Sorten in gärtnerischen und landwirtschaftlichen Betrieben sollte durch Agrarumweltmaßnahmen gefördert werden.

## 13 Aktionsplan Reduktion des Fleischkonsums erstellen und umsetzen

Verschiedene der genannten Maßnahmen - z.B. die Bindung der zulässigen Anzahl von Tieren an die Fläche - würde natürlich zu einer erheblichen Reduktion des Viehanteils und der verfügbaren Fleischquantität führen, was jedoch aus vielerlei Gründen anstrebenwert ist (Stichwort: Klimaschutz, Raubbau an den sogenannten Entwicklungsländern, Gesundheit...).

Der heutige sehr hohe Fleischkonsum widerspricht jedoch, wie bereits ausgeführt, einer nachhaltigen Landwirtschaftspolitik, steht z.B. auch im Widerspruch zu der flächengebundenen Viehhaltung!

Nur durch eine Reduktion des Fleischkonsums können die Voraussetzungen für eine Wende in der Landwirtschaftspolitik herbeigeführt werden. Ohne Reduktion des Fleischkonsums bleibt die Abhängigkeit von den umstrittenen Futtermittelimporten, ein hoher Energieverbrauch, zweifelhafte Tierhaltungsbedingungen u.a.m. bestehen.

Die kommende Regierung sollte es sich zur absoluten Priorität machen, eine Kampagne zum ökologischen und gesundheitlichen Impact des hohen Fleischkonsums zu erstellen. Dabei gilt es vor allem auch endlich zusätzliche Alternativen zu promovieren, z.B. auch Restaurationsbetriebe, die hochwertige vegetarische Gerichte anbieten u.a.m.

## 14 Verbraucherorientierte Kennzeichnung von regionalen Qualitätsprodukten

Zahlreiche Verbraucher möchten bewusst auf regionale und hochwertige Lebensmittel zurückgreifen. Aber: z.T. mangelt es an Informationen, welche Labels welchen Produktionen und welchen Kriterien gerecht werden. Deshalb wurde in dieser Legislaturperiode an einer neuen Kennzeichnung, einem neuen staatlichen Gütesiegel für Lebensmittel gearbeitet. Jedoch: das derzeit vorliegende Projekt ist absolut unzufriedenstellend (bestimmte Bewertungskriterien sind zu hinterfragen ebenso wie die „Kategorien“ der Auszeichnung (1-4 Sterne) u.a.m.).

Der Mouvement Ecologique drängt weiterhin auf eine transparente Kennzeichnung und ein hochwertiges Gütesiegel für Qualitätsprodukte.

Insofern muss das, derzeit zur Diskussion stehende, Modell substantiell überarbeitet werden. Dieses Gütesiegel ist umso wichtiger, da es auch bei öffentlichen Ausschreibungen eine Rolle spielen wird.

## 15 Nationalen Plan zur Reduzierung der Pestizide (Pflanzenschutzmittel) konkretisieren und mit Leben füllen

Grundsätzlich muss Luxemburg auf EU-Ebene für ein konsequentes "Phasing Out" von Glyphosat eintreten und alle uns zur Verfügung stehenden Mittel nutzen, um auf EU-Ebene Verbote und Reduktionen des Pestizideinsatzes zu unterstützen!

Luxemburg verfügt zudem seit 2018 über einen Aktionsplan zur Reduktion der Pestizide. Allerdings weist er eine Reihe von zentralen Schwächen auf, die in der kommenden Legislaturperiode angegangen werden müssten:

- Das **allgemein formulierte Ziel einer lediglich auf die Gesamtmenge bezogenen „Reduzierung des Einsatzes von 50% Pflanzenschutzmitteln bis 2030“ muss überarbeitet** werden. Das Reduktionsziel muss auf Basis des NODU (**NO**mbre de **D**oses **U**nités ) Indikators definiert werden und sich auf die Gesamt-Tonnage und nicht auf die Menge bestimmter Wirkstoffe beziehen. Denn: Wenn Wirkstoffe aus dem Verkehr gezogen werden, die in größeren Mengen ausgebracht werden, und gleichzeitig andere Wirkstoffe zugelassen werden, die bereits bei niedrigeren Dosen wirksam sind und sogar vielleicht eine höhere Giftigkeit aufweisen, so würde sich die Situation sogar verschlimmern und lediglich rein rechnerisch eine positive Bilanz vorgegaukelt!
- Die NODU Indikatoren werden auf Basis der Verkaufszahlen des Pflanzenschutzfachhandels berechnet. Laut Aktionsplan sollen diese Zahlen - unter dem fadenscheinigen Argument des Datenschutzes - der Öffentlichkeit vorenthalten werden. Eine **transparente Informationspolitik** ist bei diesem, für die Gesundheit und Natur, so wichtigen Thema geboten!
- Im derzeitigen Plan werden die erheblichen Risiken, welche von neonicotinoiden Wirkstoffen (die oft in Form von Saatgutbeizen eingesetzt werden) ausgehen, zwar benannt. Trotzdem verzichtet man - entgegen dem was der Aktionsplan der französischen Regierung vorsieht - auf den **speziell auf Saatgutbeizen angepassten Indikator**, mit welchem der Einsatz dieser Breitbandinsektizide nachverfolgt werden könnte.
- „Die Mehrzahl der Anwendungen von Neonicotinoid-haltigen Pestiziden stellt ein Risiko für Wild- und Honigbienen dar“, so die EFSA 2018. Deshalb soll, im Sinne einer Rückbesinnung auf eine ökologisch verträgliche Landwirtschaft und zum Schutz sowohl der bestäubenden Insekten als auch der Vögel, das Teilverbot auf sämtliche Freilandkulturen und ALLE neonicotinoiden Wirkstoffe (sowie alle Wirkstoffe mit ähnlichen Wirkmechanismen) ausgeweitet werden.
- Viele Nahrungsmittel sind mit Pestiziden kontaminiert. Angesichts der Tatsache, dass Luxemburg beim Forschungsinstitut LIST über ein Labor mit international anerkannten Erfahrungen auf dem Gebiet der Haaranalyse zum Nachweis von Pestizidrückständen verfügt, sollte das Gesundheitsministerium kurzfristig eine **epidemiologische Studie** über die Exposition von Pestiziden der Bevölkerung in Auftrag geben. Die Ergebnisse dieser Studie sollten als zusätzliche Grundlage für die langfristige Analyse des Erfolgs des Aktionsplans dienen.
- Zudem gilt es verstärkt in die **Aus- und Weiterbildung der Akteure** zu setzen. Die Ausbildungsmaßnahmen, z.B. für angehende Landwirte, sind bei weitem nicht ambitioniert genug: Dabei müsste doch gerade hier der Grundstein für die Verringerung der Risiken und des Einsatzes von Pestiziden gelegt werden! Auch die Ansprüche an die geplante Weiterbildung für die Landwirte sollten verbessert werden.
- Dabei gilt es die notwendigen finanziellen Mittel zum Ergreifen dieser Maßnahmen zur Verfügung zu stellen, ebenso wie die dafür notwendigen **menschlichen Ressourcen**.

- Zudem gilt es die Anwendung von **Pestiziden im Privatbereich zu verbieten**, mit Ausnahme der in der biologischen Landwirtschaft zugelassenen Wirkstoffe.

## 16 Ablehnung jedweder Gentechnik und der Patentierung von Tieren und Pflanzen

Die Luxemburger Regierung hat sich bisher in lobenswerter Art und Weise sowohl auf nationaler wie auch auf europäischer Ebene für eine Ablehnung jeglicher Gentechnik im Landwirtschaftsbereich eingesetzt. Diese Haltung sollte konsequent beibehalten werden. Wobei folgende zusätzliche Initiative ergriffen werden müsste:

EU-weit besteht eine Kennzeichnungspflicht für gentechnisch veränderte pflanzliche Produkte. Bei tierischen Produkten, welche mit GMO-Futter hergestellt wurden, wie z.B. Milch, Eier, Fleisch, besteht noch keine Kennzeichnungspflicht. Hier wird dem Konsumenten das Recht auf Transparenz und Wahlfreiheit verwehrt.

Deshalb fordert der Mouvement Ecologique den Aufbau einer „garantiert Gentechnik-freien Produktionskette“ für tierische Produkte sowie eine Kennzeichnungspflicht im Falle von gentech-belasteten Futtermitteln sowie bei der Produktion von Eiern, Fleisch usw..

## 17 Strategie zur Förderung sinnvoller Biogasanlagen umsetzen

Der Mouvement Ecologique spricht sich generell für den prioritären Anbau von Nahrungsmitteln auf landwirtschaftlichen Flächen aus. Der spezifische Anbau von Energiepflanzen ist nur sehr bedingt als anstrebenswert anzusehen (z.B. bedingt im Mischfruchtbaubau, mit Leguminosen) und vor allem auch nur dann, wenn der energetische Nutzen erwiesen ist. Monokulturen usw. sind zu verwerfen.

Trotzdem begrüßt der Mouvement Ecologique grundsätzlich die Einrichtung von Biogasanlagen. Dabei sollte jedoch die absolute Priorität bei den verwendeten Stoffen auf Abfällen (Grünschnitt, Wirtschaftsdünger, organische Abfälle...) liegen - der „Mülltourismus“ mit organischen Abfällen sollte stark eingeschränkt werden.

**Weitere wichtige Anregungen z.B. betreffend die Kennzeichnung von Lebensmitteln sowie den Gewässer- und Naturschutz siehe die entsprechenden Kapitel.**